

(Ministerin Brusis)

(A) zur Sportpolitik in Nordrhein-Westfalen befaßt. Ich habe bei der Beratung dieser Anträge eigentlich immer wieder darauf hinweisen können, daß das, was die CDU-Landtagsfraktion hier beantragt, in Nordrhein-Westfalen schon geübte Praxis ist. Die Tatsache, daß sich die Aktivitäten der CDU-Landtagsfraktion jetzt nicht in Haushaltsanträgen niederschlagen, bestätigt diese meine Auffassung. - Herzlichen Dank!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich **schließe die Beratung.**

Wir kommen zur **Abstimmung** über den Einzelplan 15 entsprechend der **Beschlußempfehlung Drucksache 12/1615**. Wer der Beschlußempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Dann ist die Beschlußempfehlung mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU **angenommen**.

Ich rufe auf

(B) **Einzelplan 01 - Landtag**

Hierzu verweise ich auf die Beschlußempfehlung Drucksache 12/1601. Wortmeldungen liegen nicht vor.

Deshalb kommen wir direkt zur **Abstimmung** über den Einzelplan 01 entsprechend der **Beschlußempfehlung Drucksache 12/1601**. Wer dieser Empfehlung die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Dann ist die Beschlußempfehlung mit den Stimmen der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU **angenommen**.

Ich rufe auf:

Einzelplan 12 - Finanzminister

in Verbindung damit

Einzelplan 20 - Allgemeine Finanzverwaltung

und

Haushaltsgesetz 1997

Ich verweise auf die Beschlußempfehlungen Drucksachen 12/1612, 12/1616 und 12/1600 sowie auf den Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 12/1595, über den wir vor der Abstimmung zum Haushaltsgesetz 1997 abstimmen werden. (C)

Ich **eröffne die Beratung** und erteile für die SPD-Fraktion Frau Mierbach das Wort.

Irmgard Mierbach (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Spätestens seit der ersten und der zweiten Lesung im Haushalts- und Finanzausschuß war klar, woraus die Strategie der CDU bestand, nämlich aus Blockade. Durch den Hinweis auf Art. 81 LV, wonach - ich zitiere - der Haushaltsplan und der Nachtragshaushaltsplan in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen sein sollen, war die CDU der Meinung, der Haushalt sei verfassungswidrig.

Meine Damen und Herren, die CDU kam wieder einmal mit fadenscheinigen Argumenten, um ihre Meinung über die Mindereinnahmen darzustellen. Zuerst wurden die Verluste bei den Steuereinnahmen durch das Jahressteuergesetz 1997 und später, im Laufe der Beratungen, durch die Steuerschätzungen begründet. Beide Argumente treffen sachlich nicht zu und liefern somit zwangsläufig ins Leere. (D)

Die CDU-Führung wollte es sich diesmal mit einer Blockadehaltung mit Hinweis auf Art. 81 LV besonders einfach machen. Zum Haushalt 1996 hatte sie sich wenigstens noch ordentlich ins Zeug gelegt: 111 Anträge, von denen am Ende allerdings weniger als ein Dutzend übriggeblieben ist. Das war aber immerhin noch ein Arbeitsergebnis, inhaltlich zwar dürftig, aber quantitativ nicht zu übersehen.

Eine konstruktive, wenn möglich qualitativere Mitarbeit in den jetzigen Haushaltsplanberatungen hätte der CDU besser zu Gesicht gestanden. Anstatt den Konsolidierungskurs des Finanzministers im Haushalts- und Finanzausschuß zu hintertreiben, sollte sich die Opposition endlich mit der Ursache der Steuermindereinnahmen beschäftigen, nämlich der Arbeitslosigkeit. Die Zahl der Arbeitslosen steigt von Monat zu Monat und wird noch in diesem Winter die Vier-Millionen-Marke überschreiten.

Eine ordentliche Parlamentsarbeit sollten die Bürger und Bürgerinnen von einer Opposition erwarten können, dies nicht zuletzt auch wegen der Auswirkungen der Bonner Katastrophenpolitik auf unser Land.

(Beifall bei der SPD)